



Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer
Siegfried Wambacher
Michael Steffan

AK-Präsident
AK-Bezirksstellenleiter Ried
AK-Rechtsreferent

**Leistungsbilanz 2009 der AK Ried:
Ein Viertel mehr Beratungen als im Vorjahr**

Pressekonferenz
am Donnerstag, 25. Februar 2010, um 12.30 Uhr,
im Brauwirtshaus Kellerbräu

Mit aller Kraft gegen die Krise

Die gesamte Arbeit der Arbeiterkammer Oberösterreich im Jahr 2009 stand im Zeichen des Kampfes gegen die Krise und ihre Folgen, wie steigende Arbeitslosigkeit und Firmeninsolvenzen.

Oberösterreich ist von der wirtschaftlich schlechten Lage besonders stark betroffen. Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahr mit plus 42,6 Prozent nahezu doppelt so stark gestiegen wie im Bundesdurchschnitt (plus 22,6 Prozent). Inklusive Schulungsteilnehmern/-innen und Lehrstellensuchenden waren Ende des Jahres 52.617 Personen arbeitsuchend gemeldet. Die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten hat sich in Oberösterreich zuletzt bei rund 10.000 eingependelt.

Die Konjunkturpakete der Bundesregierung, die von der Arbeiterkammer vehement gefordert worden waren, haben noch Schlimmeres verhindert, reichen aber nicht. Die AK begrüßt daher ausdrücklich, dass Bundeskanzler Faymann ein weiteres Konjunkturpaket angekündigt hat, und fordert dessen rasche Umsetzung.

Zusätzlich hat die AK im Vorjahr ein eigenes Konjunkturpaket des Landes von 100 Millionen Euro für die Gemeinden gefordert. Wie wichtig diese Forderung ist, zeigt sich aktuell: Die Ertragsanteile (und somit die finanziellen Mittel) der Gemeinden werden heuer um 10,5 Prozent unter dem Niveau von 2008 liegen – die Zahl der so genannten Abgangsgemeinden steigt dramatisch. Das Land hat angekündigt, neue Bauprojekte der Gemeinden nicht mehr zu genehmigen und um zwei bis drei Jahre zu verschieben. Das heißt, dass die Investitionstätigkeit der Gemeinden über Jahre stark zurück gehen wird, obwohl es zahlreiche dringend notwendige Investitionsprojekte gibt – beispielsweise beim Ausbau der Infrastruktur für Kinder-, Schüler- und Seniorenbetreuung oder bei der thermischen Sanierung der rund 60.000 Gebäude in Gemeindebesitz. Alle Prognosen zeigen, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird. Deshalb warnt die AK davor, die Investitionstätigkeit der Gemeinden so stark einzuschränken und damit die Konjunkturbelebung zu gefährden.

Ein besonderes Problem, das aus Sicht der AK sofortiges Handeln erfordert, ist der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. Gegenüber 2008 ist im abgelaufenen Jahr die Zahl der Jugendlichen auf Arbeitsuche um 3092 Personen oder knapp

38,8 Prozent gestiegen, wobei der Anstieg bei der Altersgruppe der 20 bis 24-Jährigen mit 2203 Personen oder 48,7 Prozent extrem hoch ist.

Die AK hat daher im Vorjahr die Gründung einer eigenen Jugendausbildungsgesellschaft vorgeschlagen. Sie würde flächendeckend für ganz Oberösterreich alle Aktivitäten zur Berufsausbildung koordinieren. Doppelgleisigkeiten und Leerläufe könnten damit vermieden und die öffentlichen Mittel viel effektiver eingesetzt werden als bisher. Das Land Oberösterreich und die Unternehmerseite haben auf diese Idee bisher ablehnend reagiert. AK-Präsident Kalliauer hofft auf ein Umdenken: „Die Arbeiterkammer ist bereit, für die Gründung der Jugendausbildungsgesellschaft 500.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Wenn das Land und die Unternehmer mitziehen, könnten wir so ein neues Ausbildungssystem schaffen, das wirklich jedem Jugendlichen einen qualitätsvollen Ausbildungsplatz garantiert.“

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) prognostiziert, dass trotz aller Bemühungen die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr noch weiter steigen wird. Die Sicherung der Kaufkraft der Betroffenen hat daher höchste Priorität. Die AK Oberösterreich pocht auf eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes von derzeit 55 Prozent auf 75 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens. Denn jeder zusätzliche Euro für Arbeitslosengeldbezieher/-innen fließt direkt in den Konsum und stützt so die Wirtschaft.

Steigender Beratungsbedarf bei knappen Mitteln

Angesichts der Wirtschaftskrise steigen auch die Anforderungen an das gesamte Beratungsteam der AK massiv – von den Experten/-innen im Arbeits- und Sozialrecht bis zu jenen im Insolvenzrechtsschutz. Parallel dazu sinken infolge der rückläufigen Beschäftigung die Einnahmen. Gespart wird überall, wo es möglich und sinnvoll ist, keinesfalls aber im Beratungsbereich. Im vergangenen Jahr waren 22,4 Millionen Euro für die arbeitsrechtliche Beratung und Vertretung der AK-Mitglieder reserviert. Heuer sind dafür 22,8 Millionen Euro vorgesehen, um rund 400.000 Euro mehr als im Vorjahr.

Insgesamt wurden im Vorjahr 377.773 Beratungen durchgeführt, eine Steigerung von 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den Schwerpunkt bildeten 240.651 arbeits- und sozialrechtliche Beratungen (einschließlich der Lohnsteuerberatungen), gefolgt von 117.735 Konsumenten-, 17.502 Bildungs- und 1018 Beratun-

gen im Rahmen der Funktionärebildung sowie 867 AK-Consult-Beratungen bei betrieblichen Problemen. 97,815.463 Euro an offenen Löhnen und Gehältern wurden 2009 in arbeitsrechtlichen oder Insolvenzverfahren für Mitglieder der AK Oberösterreich erkämpft, das ist eine Steigerung von 39,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für das Jahr 2010 rechnet die AK mit 366.000 Beratungen und erstrittenen Summen von 85 Millionen Euro.

Die dramatische Lage auf dem Arbeitsmarkt führt bei den Arbeitnehmer/-innen verständlicherweise zu Verunsicherung und zu Ängsten, die nicht nur in den Beratungsgesprächen zu spüren, sondern auch an den Daten des Österreichischen Arbeitsklima Index abzulesen sind. Vor allem Arbeiter/-innen sahen Ende 2009 die wirtschaftliche Zukunft des Landes deutlich negativer als noch im Frühjahr. Auch die persönlichen Jobaussichten bewerten sie deutlich pessimistischer. Nicht einmal mehr die Hälfte (49 Prozent) der Arbeiter/-innen ist damit zufrieden. Bei den Angestellten hingegen ist der entsprechende Wert mit 63 Prozent stabil geblieben.

Vertrauen in die AK weiter gestiegen

Dass unter diesen Voraussetzungen die Zufriedenheit der Mitglieder mit der AK von einem bereits hohen Niveau noch weiter gesteigert werden konnte, ist ein Beleg für die hohe Kompetenz und Professionalität der AK-Mitarbeiter/-innen. Eine repräsentative Umfrage im November 2009 ergab sensationell hohe Zufriedenheitswerte unter den AK-Mitgliedern. 89 Prozent der Befragten halten die Arbeiterkammer für eine wichtige, mehr als zwei Drittel davon für eine „sehr wichtige Interessenvertretung“. 56 Prozent der Mitglieder hatten bereits Kontakt mit der AK, am häufigsten per Telefon (43 Prozent). 94 Prozent von ihnen waren mit dem Kontakt zufrieden, 54 Prozent sogar „sehr zufrieden“.

Auch insgesamt ist das Vertrauen in die Arbeiterkammer von einem ohnehin schon sehr hohen Wert weiter gestiegen: Auf einer Skala von 1 (kein Vertrauen) bis 5 (großes Vertrauen) erhält sie von ihren Mitgliedern den Mittelwert 3,66 (2008: 3,59) und liegt damit – gleichauf mit der Gebietskrankenkasse (Mittelwert 3,67) – unter allen großen Institutionen ganz vorne, deutlich vor der Oberösterreichischen Landesregierung (3,25) und der Wirtschaftskammer (3,22).

AK Ried – eine starke Partnerin

Die AK Ried ist eine starke Partnerin für ihre Mitglieder. Das bestätigt die Bilanz 2009. Schwerpunkt war auch für die AK Ried der Kampf gegen die Krise und ihre Folgen. Tausende Arbeitnehmer/-innen aus dem Bezirk haben im Vorjahr Rat und Hilfe gesucht.

Die Krise im Bezirk Ried im Innkreis

Im Bezirk Ried im Innkreis hat die Arbeiterkammer 22.347 Mitglieder. Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer/-innen arbeitet in Großbetrieben mit mehr als hundert Mitarbeitern/-innen. Die größten Arbeitgeber des Bezirks sind FACC, das Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern und Fischer Sportartikel.

Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahr mit plus 39 Prozent deutlicher stärker gestiegen als im Bundesdurchschnitt (plus 22,6 Prozent), aber etwas geringer als im Landesdurchschnitt (plus 42,6 Prozent). Inklusive Schulungsteilnehmern/-innen und Lehrstellensuchenden waren Ende des Jahres 2448 Personen arbeitsuchend gemeldet. 389 waren jünger als 24 Jahre.

Insgesamt mussten 2009 im Bezirk Ried 26 Unternehmen Insolvenz anmelden. Von diesen Insolvenzen waren 478 Arbeitnehmer/-innen betroffen.

Durch die Krise muss auch die Arbeiterkammer Ried einen enorm hohen Bedarf an Rechtsberatung und Rechtsvertretung bewältigen.

10.260 Rechtsberatungen

10.260 AK-Mitglieder wandten sich 2009 mit arbeits- und sozialrechtlichen Fragen an die Arbeiterkammer Ried. Das waren um 24,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Vor allem die telefonische Rechtsberatung hat sich wieder bestens bewährt. Dem Großteil der 7220 Anrufer/-innen wurde sofort geholfen.

Zu einem persönlichen Beratungsgespräch sind im Vorjahr 3027 Arbeitnehmer/-innen in die Bezirksstelle Ried gekommen. Die meisten Fragen wurden zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen und den damit verbundenen Ansprüchen gestellt. Auch Lohn und Gehalt, Arbeitszeit, Urlaub, Lehrverhältnisse und Altersteilzeit waren häufige Themen.

6,748.269 Euro Vertretungserfolg

Bei vielen Arbeitsrechtsproblemen kam zur Beratung die Vertretung. Durch 161 außergerichtliche Interventionen wurden im Vorjahr 496.985 Euro an vorenthaltenem Entgelt eingebracht.

In 105 Fällen musste die AK Ried wieder bis vor das Arbeits- und Sozialgericht gehen, damit die Betroffenen ihr Geld erhielten. 616.528 Euro wurden auf diesem Weg erkämpft. Dabei ging es hauptsächlich um offene Löhne und Gehälter, aber auch um Sonderzahlungen, Überstundenentgelte und Abfertigungsansprüche.

Hinzu kommen die Beträge, die bei Insolvenzvertretungen für Arbeitnehmer/-innen aus dem Bezirk durchgesetzt wurden: 2009 machte dies 5,634.756 Euro aus. Damit hat die AK Ried im Vorjahr für ihre Mitglieder Zahlungen von insgesamt 6,748.269 Euro erreichen können. Das ist gegenüber 2008 – vor allem bedingt durch die Insolvenzvertretungen – eine Steigerung um mehr als das Siebenfache!

Aufgrund der Wirtschaftskrise gab es besonders viele Anfragen bezüglich Arbeitgeberkündigungen und Änderungskündigungen, aber auch zur Bildungskarenz und zu Arbeitszeitreduktionen. Weiters kamen viele Anfragen zu Aussetzungsverträgen und Wiedereinstellungsvereinbarungen.

Fristlose Entlassungen waren ein häufiges Thema. Aber auch mit der verspäteten Bezahlung von Löhnen und Gehältern hatten Arbeitnehmer/-innen im Vorjahr zu kämpfen. Ansprüche aus der Auflösung von Arbeitsverhältnissen werden oft erst nach Intervention durch die AK abgerechnet und beglichen.

Aber auch das außergerichtliche Einschreiten der AK genügt nicht immer: Manche Unternehmen bleiben trotzdem alles schuldig. Dann müssen die Ansprüche beim Arbeits- und Sozialgericht eingeklagt werden. Und selbst nach einem rechtskräftigen Urteil ist keineswegs sicher, dass bezahlt wird. In einigen Fällen kommen die Arbeitnehmer/-innen nur zu ihrem Geld, wenn die AK ein Exekutionsverfahren ankündigt oder einleitet.

Knapp ein Viertel aller Arbeitnehmer/-innen, die von der AK beraten oder vertreten wurden, kamen wie schon in den letzten Jahren aus dem Transportgewerbe.

Beispiel aus der Vertretungspraxis

Ein Angestellter aus dem Bezirk Ried kam in die AK-Bezirksstelle, um seine Lohnabrechnungen kontrollieren zu lassen. Es stellte sich heraus, dass er jahrelang kollektivvertraglich unterentlohnt wurde. Die AK machte das Unternehmen – eine Druckerei aus Hohenzell – auf den zu geringen Lohn aufmerksam und forderte die offenen Ansprüche ein. Der Arbeitgeber machte keine Anstalten, seine Schulden zu begleichen – ganz im Gegenteil: Er kündigte seinen Mitarbeiter. Für die AK war das ein klarer Fall von Motivkündigung. Sie ging daher für den Mann vor Gericht. Dort wurden ihm mehr als 10.000 Euro an offenem Lohn zugesprochen.

Sozialrechtsberatung und -vertretung

Die AK hat im Vorjahr 39 Personen aus dem Bezirk Ried in Sozialrechtsfällen vertreten und für sie insgesamt 982.266 Euro erstritten. Zumeist ging es in der Beratung und Vertretung um Pensionen, speziell um Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen, Witwen- und Waisenrenten und Versehrtenrenten, aber auch um Pflegegeld oder Ausgleichszulagen.

Regional- und Interessenpolitik

Die AK vertritt die Interessen der Arbeitnehmer/-innen in sozialpartnerschaftlichen Gremien wie dem AMS-Beirat, der Sozialpartnerrunde, dem Bezirksschulrat sowie im Leaderregionalverein „Vom Innviertel zum Kobernaußerwald“.

Bildungsberatung

Antworten auf alle Fragen rund um das Thema Weiterbildung gibt es ebenfalls in der AK-Bezirksstelle Ried. Unsere persönliche und individuelle Bildungsberatung steht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern jeden zweiten Freitag ab 14.30 Uhr nach vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung. Im vergangenen Jahr haben 78 Personen dieses Service genutzt.

Zu den Themen Karenz, Kinderbetreuungsgeld und beruflicher Wiedereinstieg führte die AK auch 2009 mit dem AMS und der Gebietskrankenkasse eine Informationsveranstaltung für Eltern durch.

Sport

Bei den Bewerben des AK-ÖGB Betriebssports (Mannschaftskegeln, Er- und Sie-Kegeln, Hallenfußball) haben insgesamt 713 Teilnehmer/-innen mitgewirkt.

AK Ried im Internet

Immer mehr Arbeitnehmer/-innen nutzen das weltweite elektronische Netz. Alle 13 Bezirksstellen der AK sind deshalb auch im Internet vertreten. Unter www.arbeiterkammer.com/ried ist das gesamte Leistungsangebot der AK Ried zu finden.

AK Ried – Serviceangebot

Öffnungszeiten

Montag bis Donnerstag: 7.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Freitag: 7.30 Uhr bis 13.30 Uhr

Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten

Persönlich: während der Öffnungszeiten.

Um Terminvereinbarung unter der Telefonnummer 050/6906-4813 wird gebeten. Damit werden längere Wartezeiten vermieden.

Telefonisch: während der Öffnungszeiten und am Dienstag bis 19.00 Uhr unter der Telefonnummer 050/6906-1 – aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif.

Bildungsberatung

Persönlich: jeden zweiten Freitag ab 14.30 Uhr nach vorheriger Terminvereinbarung unter der Telefonnummer 050/6906-4813 – aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif.

Unsere Adresse

Roseggerstraße 26, 4910 Ried

Tel: 050/6906-4813 (aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif)

Fax: 050/6906-4899

E-Mail: ried@akooe.at

Homepage: www.arbeiterkammer.com/ried